

Hans-Gerhard Klatt

Gedenkkultur in Deutschland, wachsener Antisemitismus und eine schwierige Solidaritätsfrage

Dass es bei der Themenplanung für die Junge Kirche 2024 keinen Weg vorbei am Thema „Antisemitismus“ gab, liegt einigermaßen auf der Hand. In welchen Grad hoch emotionalisierter Untiefen uns aber die Umsetzung des Themenbeschlusses führen würde, haben wir bei der Redaktionskonferenz im November 2023 noch nicht geahnt. Dabei besteht ein breiter Konsens über die politischen Parteien und Orientierungen hinweg, dass der wachsende Antisemitismus in Deutschland (wie weltweit) ein Anlass zur Sorge und zu verstärkten Anstrengungen ist, ihn zu bekämpfen. Aber untrennbar ist die Antisemitismusfrage mit dem Israel-Palästina-Konflikt, dem 7. Oktober 2023 und dem Gaza-Krieg verwoben. Und hier scheiden sich die Geister. Fast täglich kommt in den ersten drei Monaten des Jahres 2024 neuer Konfliktstoff in die brisante Gemengelage hinein und macht es schwierig, sich einvernehmlich zu verständigen.

Die Aufgeregtheit des (kultur-)politischen Diskurses trifft auch uns in der Redaktion. Selten hatten wir in der Redaktionsgruppe zur konkreten Planung eines Heftes ein solch heftiges Aufeinanderprallen unserer jeweiligen Meinungen wie im Januar 2024. Umso stärker zwingt uns der Streit zum reflektierenden Nachdenken und zu einer verstärkten Anstrengung, die Kontroverse auf eine Weise diskutierbar zu machen, die zum Verstehen und zur Verständigung hinführt. Ich möchte versuchen, verschiedene Ebenen zu identifizieren, auf denen sich unser Dissens auslebt und in der Einzelbetrachtung vielleicht gar nicht so weit vom Konsens entfernt ist.

Ausgewiesene Gedenkkultur an die Shoah in Deutschland und gleichzeitig anwachsender Antisemitismus – wie geht das zusammen?

Es kann als ein Glücksmoment der deutschen Demokratie beschrieben werden, dass inmitten aller Aufgeregtheiten diese ruhige Gedenkstunde zum

Befreiungstag von Auschwitz im deutschen Bundestag am 31. Januar stattfinden konnte. Das war alles andere als ein im Ritual erstorbener Pflichtakt des Erinnerns. Klug war neben die Repräsentantin der ersten Generation der Überlebenden Eva Szepesi mit Marcel Reif ein Vertreter der zweiten Generation gesetzt. Beide Reden haben sehr berührt und gezeigt, wie tief der Schmerz auch des Verdrängten noch sitzt und in aktuellen Geschehnissen immer wieder neue Nahrung bekommt. Umso wichtiger ist es, dass sich unser Parlament mit den höchsten Repräsentanten der Organe des Staates und der Zivilgesellschaft diesem erinnern und der daraus hervorgehenden Verantwortung stellt.

Anders eindrucksvoll war die Gedenkveranstaltung im Bremer Rathaus, die ich in der Woche zuvor erlebt hatte. Hier war Marina Chernivsky, die Leiterin des Kompetenzzentrums für antisemitismuskritische Bildung und Forschung der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e.V., als Rednerin eingeladen. Sie war um ihren Blick auf die vorrangig in den achtziger Jahren des letzten Jahrhunderts ausgebildete Erinnerungskultur in Deutschland gebeten worden und auf den anstehenden Generationswechsel in der Trägerschaft der Gedenkkultur. Ihre Antwort traf ins Herz der Gedenkversammlung und trieb in eine selbstkritische Beunruhigung. „Seit Jahrzehnten erinnert sich die deutsche Gesellschaft an ihre Verbrechen, setzt sich aber dazu nicht in Verbindung – es bleibt abstrakt, ungreifbar, (biografisch) unverbunden.“ Dieses Missverhältnis zwischen einem erklärten Selbstverständnis und der gesellschaftlichen Praxis zeige sich nun, nach der „Ruptur“ des Terrorangriffs der Hamas auf Israel am 7. Oktober, auf dramatische Weise daran, dass jüdischen Menschen in Deutschland ihre institutionell gesicherten Schutzzräume der Kultur- und Bildungseinrichtungen entschwinden und diese zu „riskanten Räumen“ wer-



den. Auf den Begriff der „Ruptur“, die Zerreißung eines inneren Organs, eines Bandes oder einer Sehne, kam Marina Chernivsky, weil nicht nur an dem Ausmaß der am 7. Oktober ausgeübten Gewalt, sondern auch an der globalen Resonanz darauf alle zur Einordnung des Geschehens geglaubten Gewissheiten zerbrochen sind.

Nach der Ruptur wird es umso dringlicher, die Aufgabe anzugehen, die Marina Chernivsky uns eindringlich vor Augen führte. Es muss aufhören, dass das öffentliche Sprechen über Antisemitismus sich auf objektivierte Hassuerungen und Straftaten fixiert und die strukturelle Verankerung des Antisemitismus in allen gesellschaftlichen und sozialen Systemen und die systematische Unsensibilitt für subjektive jüdische Wahrnehmungen von Vorgängen ausblendet. Stattdessen sollte einem Umgang mit Antisemitismus gefolgt werden, der davon ausgeht, „dass Antisemitismus eine historisch verlängerte Diskriminierungspraxis darstellt, die zunächst keiner Objektivierung bedarf und sich potenziell in einer jeden sozialen Institution manifestieren kann“. Die Erkenntnis- und Forschungslücke bezüglich der Langzeitwirkungen der Shoah in Opfer- und Tterfamilien wie in Institutionen setzt der Erinnerungsarbeit ein ausstehendes Arbeitspensum an die Stelle möglicher Selbstzufriedenheit.

IHRA oder Jerusalemer Erklärung: Der Streit um die Wertung des „israelbezogenen Antisemitismus“

Ob man es will oder nicht: Jede Auseinandersetzung um die Politik des Staates Israels hat in Deutschland Auswirkungen auf das hiesige jüdische Leben. Der Versuch, über eine Definition von Antisemitismus, die Klarheit schafft, Auswirkungen der Verstärkung von Antisemitismus in Schach zu halten, darf als gescheitert betrachtet werden. Das Gegenteil ist eingetreten: Der Streit hat eine zusätzliche Ebene bekommen, indem nun zwei Definitionen im Streit miteinander liegen, die der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) und die gegen Auswirkungen der IHRA-Definition formulierte „Jerusalemer Erklärung“ von 200 Wissenschaftlern, die zwischen legitimer und antisemitischer Israelkritik unterscheidet und die Boykottbewegung BDS vom pauschalen Antisemitismusvorwurf ausnimmt. Am Streit um die Definitionen zeigt sich, dass auf diesem Weg nichts geklärt wird, sondern nur das Schubladendenken und gegenseitige Verurteilungen im binären Sys-

tem von *gut* und *böse* befördert werden. Besser ist es, nicht nach Bestätigungen für die eigene Überzeugung auf dem Definitionsweg zu suchen, sondern auf die Stimme der Betroffenen von Diskriminierung zu achten.

Der Einschnitt des 7. Oktober 2023: Zivilisationsbruch, der eine empathische Reaktion jenseits des langen Israel-Palästina-Konflikts erfordert, oder ein erwartbarer weiterer Schritt im Konflikt, der die Reflexion seines Kontextes braucht?

Was die Stimme der unmittelbar Betroffenen vom 7. Oktober sagt, hat Marina Chernivsky unter dem Begriff „Ruptur“ kenntlich gemacht. Wem es um den Kampf gegen Antisemitismus in Deutschland geht, kann nur das Entsetzen teilen und Empathie mit den Opfern empfinden. Dass sich Jüdinnen und Juden in Deutschland alleingelassen fühlten, weil die sonst übliche Welle der Solidarität mit ihnen ausblieb und stattdessen die Anfeindungen zunahmen, kann kaum anders interpretiert werden, als dass auch hierin eine Langzeitwirkung des noch nicht genügend bearbeiteten Judenhasses in Deutschland liegt. Natürlich gibt es ein Vorher und ein Nachher des 7. Oktobers, die jeweils im Spektrum des ungelösten Israel-Palästina-Konflikts liegen. Der 7. Oktober selbst fällt aber aus allem kontextuell Erklärbaren heraus, weil dieses auf eine Legitimierung des Nicht-Legitimierbaren hinauslief. Es kommt auf den Zeitpunkt an, an dem ein „Aber“ wieder ins Spiel kommen kann; zum 7. Oktober selbst gehört es nicht. Wohin es fhrt, wenn man diese Grenze nicht beachtet, dafür hat ausgerechnet Judith Butler ein erschreckendes Beispiel gegeben. In der FAZ vom 7. März 2024 wird berichtet, sie habe auf einer Veranstaltung in Paris den Toten des 7. Oktobers zugerufen (so Redakteur Andreas Kilb in polemischer Zuspitzung), „sie seien nicht Mördern zum Opfer gefallen, sondern Widerstandskämpfern, die Mordlust sei eine Reaktion, von der in einem zweiten Schritt und in einer ‚offenen Debatte‘ geprüft werden müsse, ob sie legitim oder strategisch, klug oder verwerflich sei“.

Solidarität mit Israel oder Solidarität mit Palästina – wohin fhrt die Gerechtigkeitsfrage?

Die Mahnung, auf die Stimme der Betroffenen von Diskriminierung zu achten, fhrt im Reaktionskrieg auf den 7. Oktober in Gaza aber nun auch dazu, auf die Stimmen der palästinensischen Zivilbevölkerung und ihrer Angehörigen in Deutschland zu hören. Ihnen hilft es in ihrer Angst um ihr



Leben wenig, die Verantwortungsfrage für die Beendigung ihres Leidens zwischen der Hamas und Israel hin und her zu schieben. Es soll einfach aufhören. Ihnen und ihren Toten gebührt genauso Empathie wie den Toten, Geiseln und Opfern des 7. Oktober.

Bei der Frage nach politischen Lösungen aber stehen zwei konfligierende Solidaritäten im Raum, die Solidarität mit Israel und die Solidarität mit Palästina. Die Orientierung am Menschenrecht kann die Empathiefrage beidseitig zusammenbringen, aber den Solidaritätskonflikt nicht lösen, weil sie im Israel-Fall nicht auf die Sicherung einer sicheren Heimstatt für Jüdinnen und Juden verzichten kann. Dies ist und bleibt das menschenrechtliche Regulativ, „dass Auschwitz nie mehr sein soll“.

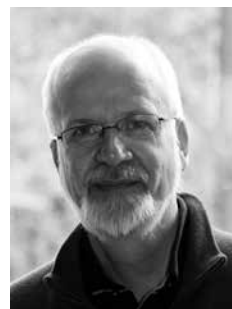
Die Erkenntnis ist alt, sie stammt aus den Lernprozessen über den linken Antisemitismus in den frühen 80er Jahren. Dietrich Wetzels hat sie 1983 formuliert: Palästinenser mögen von sich als den Juden der Juden sprechen, vom Genozid reden und den Staat Israel als faschistischen-Staat titulieren, um mit diesen Vergleichen an die Weltöffentlichkeit zu appellieren und Israel an seiner wunden Stelle zu treffen. Deutsche aber sollten gelernt haben, dass alle Begriffe im Kontext der Shoah „auf alle Ewigkeit für Metaphern ungeeignet“ sind. Wetzels begründet diesen Grundsatz mit den Folgen: „Wer als deutscher Linker daran teilnimmt, diese Begriffe zu Metaphern für anderes werden zu lassen als das, was war, der vermehrt das geschehene Unrecht durch Gleichgültigkeit und er vermindert die Chance, unserer Geschichte und ihren Ursachen so auf den Grund zu gehen, daß endlich gesellschaftliche Konsequenzen daraus gezogen werden können“ (Dietrich Wetzels (Hg.), Die Verlängerung von Geschichte. Deutsche, Juden und der Palästina-Konflikt, Frankfurt/M. 1983, S.13). Aus eben diesem Grund liegen in Deutschland Israelkritik und Antisemitismusförderung so nah beieinander, dass es bei allem empörten Aufschrei, man sei doch kein Antisemit, wenn man Israel kritisiere, kaum eine Befreiung aus diesem selbstkritischen Reflexionszusammenhang geben kann.

„Deutsche Schuld“: Wie verhält sich die Diskurs- und Verantwortungslage in Deutschland zu der auf ÖRK- und UN-Ebene?

Ob sich Deutschland einen Gefallen getan hat, als es seine besondere Verantwortungsbeziehung zur „sicheren jüdischen Heimstatt“ mit dem Begriff der „Staatsräson“ zu fassen versuchte, wird mehr

und mehr fraglich. In der gegenwärtigen aufgeheizten Konfliktlage zeigt sich, dass der Begriff mehr zu einem formelhaften, äußeren Bekenntniszwang und einer damit verbundenen Ausgrenzungspraxis neigt, als dass er auf den Schutz jüdischen Lebens ausgerichtete innere Haltungen fördert. In anderen Teilen der Welt und in internationalen Organisationen wird Deutschlands besondere Verantwortungs-Beziehung zu Israel eher nicht geteilt und wenig Verständnis für eine Zurückhaltung in der politischen Kritik an der Besatzungsmacht Israel gezeigt. Hier dominiert eine Identifikation mit der palästinensischen Opfersituation und es wird im eigenen Sprechen wenig Rücksicht genommen auf die Gefahr, in israelbezogenen Antisemitismus hineinzufallen. Es stellt sich die Frage, wie berechtigt die Inanspruchnahme eines anderen Maßstabes im Sprechen über Israel z.B. im ÖRK oder der UNO ist.

Zu bedenken ist, dass das Diktum „dass Auschwitz nicht mehr sein darf“ nicht auf den deutschen Kontext begrenzt werden kann, sondern von universaler Bedeutung ist. Der Zivilisationsbruch von Auschwitz hat unabhängig von der konkreten Täterfrage etwas mit der Menschheit insgesamt gemacht. Das haben die Vereinten Nationen 1948 verstanden, als sie den Weg zur Staatsgründung Israels öffneten, und es gibt angesichts des Antisemitismus‘ als weltweites Problem auch der Gegenwart keinen Anlass, sich aus diesem Grundverständnis zu verabschieden. Man darf den Kampf gegen Antisemitismus nicht kleinreden zu einem identitätspolitischen Anliegen, gegen das andere Identitätspolitiken gesetzt werden könnten; es geht um etwas Universales. Die „deutsche Schuld“ darf nicht zum Hintertürchen für andere Nationen und Internationale Organisationen werden, durch das sie sich von ihrer Verantwortung, gegen Antisemitismus einzutreten, verabschieden.



Hans-Gerhard Klatt
Pastor und Sozialpädagoge